

Wir wollen die Einheit aller Deutschen in Frieden und Freiheit

Zum Stand der innerdeutschen Beziehungen

**Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, vor dem
Unterausschuß „Osteuropa“ des Politischen Ausschusses der
Nordatlantischen Versammlung (in leicht gekürzter Fassung)**

Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Solidaritätspflicht gegenüber jenen Landsleuten, die von uns getrennt unter kommunistischem Regime leben. Wir sind uns bewußt, daß die Lage dieser Deutschen auf absehbare Zeit nicht grundsätzlich geändert werden kann. Wir wollen die Einheit aller Deutschen in Frieden und Freiheit unter einem europäischen Dach. Wir wollen die Wiedervereinigung. Wir wollen die Spaltung Deutschlands und Europas überwinden. Wir wissen, daß dies nicht über Nacht geht. Um so mehr sind wir darum bemüht, die Möglichkeiten für praktische Erleichterungen im Leben der geteilten Nation zu nutzen, die die Lage uns bietet. Wir wollen, daß dies eine Nation, ein Volk bleibt.

In den Kontakten mit der DDR hat sich ein sachliches Arbeitsverhältnis entwickelt. Beide Seiten pflegen vernünftigen Umgang miteinander.

Die Verhandlungen über ein Kulturabkommen konnten 1986 erfolgreich abgeschlossen werden. Über Fragen des Umweltschutzes wird gegenwärtig mit Aussicht auf eine Lösung intensiv verhandelt. Das gleiche gilt für ein Abkommen über Wissenschaft und Technik. Der Reiseverkehr hat sich erfreulich entwickelt, im letzten Jahr vor allem bei den West-Reisen von jüngeren Deutschen aus der DDR.

Es gab allerdings auch Störungen und Belastungen:

Zu erinnern ist hier an den im Mai 1986 unternommenen Versuch der DDR, eine Paßpflicht für Diplomaten an den innerstädtischen Übergängen in Berlin einzuführen. Dieser Vorstoß konnte aber dank der festen Haltung der Bundesregierung und der Solidarität der Verbündeten abgewehrt werden.

Eine ganz besondere Belastung war die Duldung und Förderung des Zustroms illegal einreisender Ausländer über den DDR-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin. Mit der Ankündigung, ab 1. Oktober 1986 nur noch solchen Personen den Transit zu gestatten, die über ein ordnungsgemäß ausgestelltes Anschlußvisum verfügen, hat die DDR die Situation entschärft. Danach ist der Zustrom von Asylbewerbern über die DDR und Ost-Berlin nach West-Berlin und in die Bundesrepublik fast vollständig zum Erliegen gekommen.

1986 wurde die Erinnerung auch an ein besonders **dunkles Ereignis** der deutschen Nachkriegsgeschichte wach: **Die Mauer steht seit 25 Jahren in Berlin!** Und an dieser Mauer wurde auch noch 1986 auf Flüchtlinge geschossen, zum Teil mit tödlichen Folgen — und dies auf unschuldige Mitbürger, die nichts anderes wollen als von Deutschland nach Deutschland zu gehen.

Zwar sind seit der entsprechenden Zusage der DDR im September 1983 die 54 000 Selbstschußanlagen ebenso wie die ungezählten Bodenminen vollständig abgebaut bzw. beseitigt worden. Die Grenze aber ist und bleibt dennoch praktisch unüberwindbar. Sie bleibt lebensbedrohend für jeden, der sie ohne Genehmigung überschreiten will. Das Grenzregime der DDR stellt unverändert eine der schwerwiegendsten Belastungen des innerdeutschen Verhältnisses dar, und wir müssen und wir werden hier mit aller Entschiedenheit weiter auf Änderung drängen.

Mauer und Grenze sind steingewordene Aufgabe der Deutschlandpolitik. Diese Aufgabe lautet: Die Teilung erträglicher zu machen und die Bindungen zwischen den Menschen zu bewahren. Nur so besteht Hoffnung, eines Tages die Teilung zu überwinden und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser klares Ziel. Bis dahin gilt es, durch Beharrlichkeit in Gesprächen und Verhandlungen mit der DDR konkrete Verbesserungen für uns und unsere Landsleute zu erreichen.

Auf diesem Wege sind 1986 Fortschritte erreicht worden. Einige Beispiele mögen das konkretisieren:

1. Reiseverkehr

Herausragende Bedeutung besitzt für die Bundesregierung der Reiseverkehr. Er ist ein Kernanliegen unserer Bemühungen. Paketsendungen, Briefe und

Telefongespräche sind nach wie vor wichtig, können aber nicht die gleiche Wirkung haben wie direkte Gespräche zwischen Personen. Wer die bestehenden Reismöglichkeiten nutzt, kann am intensivsten zwischenmenschliche Bindungen erhalten und sich ein authentisches Bild über die Lage in Deutschland machen.

Deshalb sagen wir immer wieder: **Reist in die DDR!** Besucht Verwandte und Bekannte! Verschafft Euch einen Eindruck von der Lebenswirklichkeit dort! Wir sind uns bewußt, was diese Aufforderung bedeutet. Der Mindestumtausch ist hoch, für manche Familien zu hoch.

Außerdem ist das Antragsverfahren für eine Reise in die DDR in der Regel zu umständlich. In einige kommunistisch regierte Staaten reist man inzwischen unkomplizierter. Hinzu kommt, daß es große Personengruppen in der DDR gibt, denen Kontaktverbote auferlegt worden sind, d. h., sie dürfen mit Personen aus dem Westen nicht in Verbindung treten und sind angewiesen, bestehende Kontakte zu Verwandten und Bekannten abubrechen.

Diese Unterbindung von Kontakten wird zusätzlich verschärft durch die Verweigerung gegenüber ehemaligen Bewohnern der DDR, wieder in ihre Heimat zurückzureisen. Bei rund 20 000 Übersiedlungen im Jahr sind von solchen Beschränkungen oft über 100 000 Menschen jährlich betroffen. Hier wächst ein erhebliches Problem heran.

In anderer Richtung — im Ost-West-Reiseverkehr — hat sich die Situation deutlich verbessert.

Dies gilt insbesondere für die Reise von Personen, die noch nicht im Rentenalter stehen, in sogenannten „dringenden Familienangelegenheiten“. Hier ist eine neue Entwicklung in den innerdeutschen Beziehungen festzustellen, auf die die Bundesregierung unablässig hingewirkt hat. Es ist außerordentlich wichtig, daß sich unsere Landsleute aus der DDR ein eigenes Bild vom Leben in der Bundesrepublik Deutschland machen können. Wir brauchen den Vergleich zur DDR wahrlich nicht zu scheuen.

1985 kamen auf diesem Wege 66 000 Deutsche aus der DDR zu Verwandten in den Westen. Die zahlenmäßige Entwicklung zeigt, daß die DDR in der Praxis die Anlässe für die Personen, die aus besonderen familiären Gründen zu ihren Verwandten reisen dürfen, seit Februar 1986 beträchtlich ausgeweitet hat. Die Zahl der jüngeren Reisenden hat sich danach vervielfacht; die DDR selbst spricht in diesem Zusammenhang von 573 000 Reisenden im Jahre 1986. Wir werten dies als positiven Schritt in die richtige Richtung. Wir sehen dies auch als einen Test der DDR-Führung. Wir wissen, daß diese Reisen z. Z. in der DDR ein zentrales Gesprächsthema sind. Zählt man die Reisen der Personen im Rentenalter hinzu, **so haben 1986 über zwei Millionen Reisen aus**

der DDR in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin stattgefunden. (Dieser steigende Trend bestätigt sich auch im ersten Quartal 1987.)

Der Drang, die DDR für immer zu verlassen, besteht trotz dieser erweiterten Reisemöglichkeiten weiter fort. Deshalb wurden auch 1986 die besonderen Bemühungen im humanitären Bereich, insbesondere die Familienzusammenführung, weiter fortgeführt: Bis Jahresende sind insgesamt 21 518 Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt. Dieser anhaltende Ausreisedrang hat den bekannten Hintergrund: Die DDR-Regierung verweigert der Bevölkerung grundlegende Menschen- und Bürgerrechte. Wir wünschen durchaus, daß es den Menschen in der DDR leichter fällt, in ihrer angestammten Heimat zu bleiben. Bevormundung, allzu wenige Reisemöglichkeiten und religiöse Einschränkungen müssen daher vorrangig geändert werden — so wie es auch die Kirchen in der DDR immer wieder fordern.

2. Jugendaustausch

Unserem ersten Arbeitsziel in der täglichen Deutschlandpolitik — Verwirklichung von mehr Begegnung — dient auch der Jugendaustausch, den wir 1982 aufgenommen haben. Nachdem er unter vorgeschobenen Gründen 1984 von der DDR unterbrochen worden war, ist er seit Frühjahr 1985 wieder in Gang gekommen: Vergangenes Jahr sind 68 000 Jugendliche aus der Bundesrepublik Deutschland in diesem Rahmen oder bei Klassenfahrten in die DDR gefahren. Umgekehrt hatten wir fast 4 000 Jugendliche aus der DDR zu Gast. Letzteres ist immerhin dreimal soviel wie 1985.

3. Städtepartnerschaften

Der Wunsch, zu einer partnerschaftlichen Beziehung mit einer Stadt in der DDR zu gelangen, ist unter den Städten und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland erfreulicherweise weit verbreitet. Bisher liegen uns Anfragen zu innerdeutschen Städtepartnerschaften aus rund 350 Kreisen, Städten und Gemeinden vor.

In der Bundesrepublik Deutschland haben kommunale Partnerschaften das Ziel, auf offiziellem Wege persönliche, kulturelle und kommunale Verbindungen zwischen den Bürgern der Partnerstädte zu schaffen, um so das gegenseitige Verständnis in den Gemeinden zu fördern und das Bewußtsein verbindender Gemeinsamkeiten zu vertiefen. Dies läßt sich nur durch eine breite Verankerung der Partnerschaft in der Bevölkerung und ein entsprechendes Engagement der Bürger selbst erreichen. Unter diesen grundsätzlichen Aspekten hat die Bundesregierung das Zustandekommen einer ersten innerdeutschen Städtepartnerschaft zwischen Saarlouis und

Eisenhüttenstadt begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Vereinbarung durch konkrete Aktivitäten mit Leben erfüllt wird und zu einem regen Austausch in allen Bereichen führt, die die Bürger der Partnerstädte direkt berühren.

Gegenwärtig sieht es so aus, daß diesem ersten Testfall im Laufe dieses Jahres einige weitere — insgesamt bisher sieben — folgen werden. Alle anderen Wünsche sind seitens der DDR dahingehend beantwortet worden, daß es der Stand der innerdeutschen Beziehungen noch nicht zulasse, Städtepartnerschaften im breiten Rahmen zu begründen.

4. Kultur

Nach über zwölfjährigen Verhandlungen ist am 6. Mai das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Nach Auffassung der Bundesregierung stellt dieses Abkommen einen großen und wichtigen Schritt auf dem gewiß nicht einfachen Weg dar, die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland fortzusetzen und zu verbreitern. Mit dem Abschluß des Kulturabkommens ist das Geflecht der Beziehungen enger geworden.

Wichtig ist die Einbeziehung Berlins in Austausch und Zusammenarbeit. Das Abkommen wurde entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 auf Berlin (West) ausgedehnt. Über die rein rechtliche Einbeziehung Berlins hinaus ist es gelungen, sichtbar zu machen, daß Berlin auch faktisch in den Kulturaustausch eingeschlossen wird: Mit der DDR ist eine erste verbindliche Verständigung über insgesamt 22 Projekte erzielt worden, die teilweise schon durchgeführt wurden. Darunter befinden sich auch einige Vorhaben in bezug auf Berlin.

Das Kulturabkommen verbessert als ein Rahmenabkommen die allgemeinen Bedingungen für kulturellen Austausch und Zusammenarbeit. Es ist für alle an Austausch und Zusammenarbeit Interessierten eine wichtige Berufsgrundlage. Das Kulturabkommen geht deutlich über den herkömmlichen Kulturbegriff hinaus. Es hat nicht nur die klassischen Bereiche der Kultur wie Musik, Theater, bildende Kunst, Literatur und Filmwesen zum Inhalt, sondern bezieht auch die Bereiche von Bildung und Wissenschaft, das Bibliotheks- und Archivwesen sowie die Buchhandelsbeziehungen mit ein. Förderungsabsichten bekunden die Abkommenspartner ebenso hinsichtlich der Zusammenarbeit der Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie im Sport und im Jugendaustausch.

Seit Inkrafttreten des Kulturabkommens ist festzustellen, daß die Menschen im geteilten Deutschland die Möglichkeiten des Kulturabkommens begrüßen

und in überraschendem Ausmaß mitzuwirken bereit sind, um den Rahmen des Kulturabkommens mit Leben auszufüllen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob es in allen angesprochenen Bereichen zu einem intensiveren Austausch kommen wird. Wahrscheinlich sind Verbesserungen nur schrittweise und auch dann nur im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen möglich.

Ausgangspunkt und Grundposition der Bundesrepublik Deutschland ist das Bewahren von Gemeinsamkeiten der Geschichte, Kultur und Sprache, die Aufrechterhaltung des Bewußtseins von der Zusammengehörigkeit der Nation. Die DDR vertritt eine andere Grundposition. Sie bestreitet diese Gemeinsamkeiten und zeigt sich daher auf allen Gebieten und bei allen Formen von kulturellem Austausch, wo gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten sichtbar oder ausdrücklich angesprochen werden, sehr zurückhaltend. So läßt sich eine sprunghafte Zunahme von Austausch und Zusammenarbeit realistischerweise nicht erwarten.

5. Umweltschutz

Die Zusammenarbeit im Umweltschutz entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem immer wichtigeren Feld. Hier hat auch die DDR ein originäres Interesse am Erfahrungsaustausch und an Vorschlägen für zukunftsorientierte Regelungen. Die Deutschen in der DDR besitzen — wie wir — eine zunehmende Sensibilität für Umweltprobleme in einem hochindustrialisierten Land, wozu sicher auch die Tatsache beiträgt, daß fast ausschließlich die westdeutschen Fernsehprogramme gesehen werden.

Beide Regierungen verhandeln über eine Umweltschutzvereinbarung, um damit eine Basis und einen Rahmen für verstärkte Zusammenarbeit bei der Lösung grenzüberschreitender Umweltprobleme und beim Naturschutz zu schaffen. In der Sache geht es dabei vor allem um den Austausch von Informationen und Erfahrungen, aber auch um Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität, beispielsweise

- Technologien und Maßnahmen zur Reduzierung von Luftschadstoffen,
- Informationen über Ursachen von Waldschäden und Maßnahmen zu deren Minderung,
- schadlose Beseitigung, Vermeidung bzw. Verwertung von Abfallstoffen sowie
- Erfahrungsaustausch und Maßnahmen auf den Gebieten des Natur- und Gewässerschutzes.

Die Vereinbarung wird durch einen Arbeitsplan für drei Jahre und ein Arbeitsprogramm konkretisiert. Ich rechne mit einer Einigung in der ersten Hälfte dieses Jahres.

Wegen der Bedeutung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen bemühte sich die Bundesregierung schon früh um einen Informationsaustausch mit der DDR. Im Oktober 1983 kam es zu einem ersten Treffen zwischen Experten. Bis heute haben drei Gespräche stattgefunden, zuletzt unmittelbar nach dem Unfall von Tschernobyl am 14. 5. 1986. Das nächste Gespräch wird möglicherweise noch in diesem Jahr durchgeführt.

Gegenstand der Gespräche ist die gegenseitige Information, insbesondere die schnelle Benachrichtigung bei Störfällen, und zwar über den Rahmen der multilateralen Vereinbarungen in der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) hinaus.

Die beiden im September letzten Jahres unter maßgeblicher Mitwirkung der Bundesregierung bei der IAEO-Konferenz in Wien zustande gekommenen multilateralen Abkommen über gegenseitige Benachrichtigung und Hilfeleistung wurden auch von der DDR unterzeichnet. Die Bundesregierung und die DDR halten es als Nachbarstaaten beide für geboten, darüber hinaus den zwischenstaatlichen Informationsaustausch fortzusetzen und zu intensivieren.

Wir müssen darauf hinwirken, daß auch in Nachbarstaaten durch höchste Sicherheitsanforderungen Gefahren praktisch ausgeschlossen sind.

Die DDR verfügt zur Zeit über einen Forschungsreaktor (70 Megawatt) in Rheinsberg (70 km entfernt von Berlin) sowie über das Kernkraftwerk Nord bei Greifswald (1760 Megawatt). Im Bau befinden sich vier weitere Reaktoren (je 440 Megawatt) in Stendal (Bezirk Magdeburg). Für unsere Seite von großem Interesse ist auch die zentrale Endlagerstätte der DDR für schwach- und mittelradioaktiven Abfall in der Grube Bartensleben/Morsleben (1 bis 2 km von Helmstedt).

6. Berlin

Deutschlandpolitik heißt auch, die Lebensfähigkeit des freien Berlin gemeinsam mit den drei Schutzmächten zu sichern und zu stärken. Die Bindungen Berlins an den Bund werden gefestigt und weiterentwickelt.

Der Transitverkehr nach und von Berlin (West) verläuft alles in allem reibungslos. Er ist von 19,5 Mio. (1982) auf knapp 24 Mio. Reisende (1986) gestiegen. Nach intensiven Gesprächen mit der DDR ist seit 1983 auch die Zahl der Verdachtskontrollen wegen mißbräuchliche Benutzung der Transitwege wesentlich zurückgegangen.

Beträchtlichen Aufschwung hat schließlich in den letzten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung genommen. So sind von Anfang 1983 bis Mitte 1986 in West-Berlin ca. 38 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Im selben Zeitraum sind rund 44 000 deutsche Arbeitskräfte mehr nach West-Berlin gekommen als die Stadt verlassen haben. Entscheidend dafür waren u. a. die besonderen Forschungsleistungen Berlins auf den Gebieten der Informations-, Verkehrs- und Energietechnik.

1987 wird das ganze Berlin 750 Jahre alt. Aber gemeinsam gefeiert wird leider — offiziell — nicht. Die SED diktiert separate Feiern auf beiden Seiten der Mauer. Daran ändern auch die an den Regierenden Bürgermeister gerichteten Einladungen nichts. Die Entscheidung über sie will wohl bedacht sein. Davor haben enge Konsultationen mit den „Drei Mächten“ stattzufinden. Auf jeden Fall wird es eine gemeinsame Entscheidung geben.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einer Bewertung des gegenwärtigen Standes der Deutschlandpolitik abschließen:

Die DDR-Führung hat in den letzten Monaten deutlich gemacht — ich erwähne hier nochmals insbesondere das Einlenken in der Asylantenfrage —, daß sie die Politik uns gegenüber an ihren längerfristigen Interessen zu orientieren beabsichtigt. Diese Interessenlage läßt erwarten, daß die Perspektiven für die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und uns auch in der nächsten Zeit relativ günstig bleiben. Unser Ziel sollte deshalb sein, den Dialog zu verstärken und die Zusammenarbeit auszubauen und dabei unsere eigenen Grundsatzpositionen fest und klar im Auge zu behalten. **Unsere Kompaßnadel zeigt auf Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte für alle Deutschen. Diese Werte sind unverzichtbar — für Deutschland ebenso wie für Europa insgesamt. Ihre Verwirklichung wird die Teilung überwinden. Wir Deutsche wollen als freie Europäer in einem dem Frieden und den Menschenrechten dienenden gemeinsamen Vaterland leben.**